

Wahlprüfstein Piraten

Wahlprüfsteine des Anti-Atom-Bündnisses Berlin Potsdam zur Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin 2016

1. Sind Ihnen folgende Sachverhalte über den Berliner Reaktor BER II und die Zentralstelle für radioaktive Abfälle (ZRA) in Berlin-Wannsee bekannt und wie beurteilen Sie diese insgesamt?

- Der Reaktor BER II in Berlin-Wannsee ist 42 Jahre alt und damit der zweitälteste Reaktor der Bundesrepublik.
- Heute wäre der Reaktor nicht mehr genehmigungsfähig. U.a. basiert die Betriebsgenehmigung auf veralteten Studien, die z.B. Beschädigungen durch terroristische Anschläge nicht bis wenig einbeziehen und dem Restrisiko zuordnen, obwohl Atomreaktoren und die Bundeshauptstadt aktuell im Fokus des internationalen Terrorismus stehen.
- Die Reaktorsicherheitskommission (RSK) sagt in ihrem Gutachten, dass es nicht auf die Wahrscheinlichkeit eines Flugzeugabsturzes oder ähnlichem, sondern auf die Folgen ankommt. Laut RSK ist somit keiner der definierten Schutzgrade erfüllbar.
- Erweiterte Terrorrisiken konnten aufgrund des knappen Zeitrahmens nicht geprüft werden. Damit schneidet der Berliner Reaktor in Sachen Sicherheit bundesweit am schlechtesten ab.
- Der Reaktor BERII und das Gelände können sehr leicht ausspioniert werden, z.B. am regelmäßig stattfindenden Tag der offenen Tür, Lageplan ist im Internet.
- Das Reaktorgelände ist nicht gegen Betreten bewaffneter Angreifer gesichert (kleine Schranke, Wachhäuschen, ein paar Sicherheitsleute), das Reaktorgebäude ist in wenigen Sekunden erreichbar.
- Das Reaktorgebäude ist ein normaler Industriebau und ebenfalls nur unzureichend gegen ungewolltes Eindringen geschützt.
- Der Reaktor selbst hat kein Containment, ist nach oben offen und hat somit überhaupt keinen Schutz gegen Beschädigungen jeglicher Art (wie z.B. Sprengstoff am Reaktorgebäude, Sabotage, panzerbrechende Waffen, Drohnen, Flugzeuge, Hubschrauber, siehe auch aktuelle Studie BUND).
- Trotz der Vorkommnisse an den belgischen AKWs und dem Bekanntwerden des Interesses der Terroristen an deutschen Forschungsreaktoren in 2016, hat keine anlassbezogene Zuverlässigkeitsüberprüfung des Personals des BER II stattgefunden.
- Eine trockene Kernschmelze ist generell möglich und vor allem durch einen terroristischen Anschlag leicht herbeiführbar.
- Radiologische Folgen würden der Stufe 6 (schwerer Unfall) gemäß der internationalen Bewertungsskala INES entsprechen (Tschernobyl und Fukushima hatten Stufe 7).
- Der Katastrophenschutzplan ist nicht ausreichend:
 - a) die maximale Wirkung des outputs durch sehr hohe Temperaturen bei Flugzeugabsturz mit Kerosinbrand und sich anschließender Wasserstoffexplosion ist nicht betrachtet worden.
 - b) worst case Szenario vom Öko-Institut-Darmstadt besagt: Evakuierung von bis zu 20 km je nach Windrichtung d.h. bis Berlin-Mitte und angrenzende Bezirke oder Potsdam und Umgebung. Dieses Gutachten wird nicht als Planungsgrundlage herangezogen, obwohl es bezogen auf die radiologischen Auswirkungen weiterhin aktuell ist.

- Die Mehrheit der Bevölkerung in Berlin und Potsdam/Brandenburg weiß überhaupt nicht, dass es einen Atomreaktor in Berlin gibt und ist schon gar nicht über mögliche Gefahren informiert.

Antworten der PIRATEN:

Die **Piratenfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus** hat zur Expertenanhörung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt einen Vertreter Ihres Bündnisses benannt, der am 7. März 2012 ausführlich das Gefährdungspotential des Reaktors den Abgeordneten und der Berliner Bevölkerung darstellen konnte. Eine vertiefende Diskussion mit den anderen Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus (dazu zählen wir explizit nach dem Ausscheiden der Abgeordneten Felicitas Kubala auch die Grünen) über weitergehende Schutzmaßnahmen (bis hin zur Außerbetriebnahme des Reaktors) ist allerdings nicht möglich gewesen. Nach unseren Einschätzungen ist keine der z.Z. im AGH vertretenen Parteien (aus unterschiedlichsten Gründen) bereit, über ein Ende des Reaktorbetriebs zu beraten.

Die **Piratenfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf** ist umfangreich über den Reaktor im Bezirk informiert und hat in der laufenden Legislaturperiode sieben Anträge (davon einen zusammen mit der SPD-Fraktion) im Zusammenhang mit dem Gefahrenpotential des Reaktors und/oder der Sammelstelle eingebracht:

- 0411/IV Katastrophenschutzplan im Internet veröffentlichen vom 5. Dezember 2012
- 0462/IV Flugverbot über dem Forschungsreaktor Wannsee vom 12. Februar 2013
- 0556/IV Wannsee-Reaktor- Informationsbroschüre bei Anmeldung aushändigen vom 6. Mai 2013 (zusammen mit SPD-Fraktion)
- 0587/IV Hinweisschild auf den Forschungsreaktor Wannsee sowie die Sammelstelle für radioaktive Abfälle vom 11. Juni 2013
- 0724/IV Anwohner des Bezirks auf KATWARN hinweisen vom 5. November 2013
- 0868/IV Iodblockade - aber richtig vom 11. März 2014
- 1306/IV Iodblockade - aber richtig II vom 12. Mai 2015

Angemerkt sei hier, dass der Antrag zur Vorverteilung von Iod-Tabletten an die Bevölkerung einstimmig von allen anderen Parteien der BVV (CDU, SPD, Grüne) abgelehnt wurde.

2. Was werden Sie als gewählter Volksvertreter tun, um die sofortige Stilllegung des überalterten und völlig ungeschützten Reaktors zu erreichen?

Wir werden uns weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, den Forschungsreaktor sofort außer Betrieb zu nehmen. Grade die wachsende Terrorbedrohung und die anstehende Eröffnung des Flughafens BER erhöhen das Risiko des Reaktors. Bis zur Stilllegung ist es aus unserer Sicht aber unumgänglich, die Bevölkerung im Bezirk und in ganz Berlin über das Gefahrenpotential sowohl des Reaktors als auch der Sammelstelle aufzuklären und beim Betreiber auf Maßnahmen zur Reduzierung dieser Gefahren zu drängen. Ein wesentlicher Tatbestand ist bisher noch nicht im Fokus der Berliner Verwaltung: Was geschieht eigentlich mit den radioaktiven Rückständen nach dem Ende des Betriebs des Forschungsreaktors? Wer übernimmt die Kosten für die Endlagerung? Auch diese Punkte werden wir auf die Tagesordnung der Berliner Politik der nächsten Jahre setzen.

3. Würden Sie folgende Forderungen unterstützen:

- Bund und das Land Berlin müssen als 100%ige Finanziere eine Neubewertung der Terror-Risiken für den BER II und für das Zwischenlager Wannsee (ZRA) in Auftrag geben.
- Bis zur Neubewertung muss der Reaktor in Wannsee sofort abgeschaltet werden.
- Das Personal ist sofort einer aktuellen Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen.
- Die Neubewertung des BER II sollte einen Widerruf der Betriebsgenehmigung von Amtes nach Atomgesetz §17 Abs. (5) bewirken mit der Konsequenz der sofortigen Stilllegung.

Wir unterstützen diese Forderungen umfänglich und werden direkt nach der Wahl entsprechende Anträge sowohl im AGH als auch in der BVV Steglitz-Zehlendorf einbringen.

4. Im September 2013 wurde in neun Bundesländern (darunter Berlin) eine gemeinsame Übung zu einem Atomunfall auf rein kommunikativer Ebene innerhalb der Verwaltung durchgeführt. Das Ergebnis war katastrophal. Berlin hat besonders schlecht abgeschnitten und Auflagen zur Nachbesserung erhalten.

- Wurde diesen Auflagen nachgekommen?
- Wenn nicht, was werden Sie zu deren Durchsetzung tun?

Da wir weder über einen Stadtrat noch über einen Senator verfügen, beschränken sich unsere Einflussmöglichkeiten lediglich auf Anträge oder Anfragen. Wir werden unser Möglichstes tun, um Druck aufzubauen und Öffentlichkeit herzustellen.

5. Warum haben bisher keine Übungen zum Katastrophenschutz unter Einbeziehung der Bevölkerung von Berlin und Potsdam/Brandenburg stattgefunden? Würden Sie sich für eine solche Übung einsetzen?

Einerseits ist es sinnvoll, die Bevölkerung mit solchen Übungen wachzurütteln. Uns ist allerdings keine Übung bekannt, die jemals unter Einbeziehung der Bevölkerung stattgefunden hat. Wir sind nicht glücklich mit der Vorstellung solcher martialisch anmutenden Übungen. Zunächst einmal sollen Verwaltung und Rettungsgeräte üben, die bisher auch orientierungslos sind. Die Verteilung der Jod-Tabletten ist hier eine weitere Möglichkeit, um die Aufmerksamkeit für die drohende Gefahr zu erreichen.

6. Der Betrieb des Reaktors kostet den Steuerzahler im Jahr ca. 35 Mio €. Überwiegend internationale Institutionen/Forscher nutzen diese Forschungseinrichtung und verfolgen dabei nicht transparente Forschungsziele/-projekte. Öffentlich finanzierte Industrieforschung ist verdeckt möglich. Die Messzeiten sind zudem kostenlos.

Würden Sie sich dafür einsetzen, dass die BürgerInnen über die Zielvorgaben und die Auswahl der Forschungsvorhaben rechtzeitig informiert werden und ihnen ermöglicht wird, sich daran zu beteiligen? Wenn nein, warum nicht?

Eine Übersicht der Forschungsvorhaben ist auf der Seite des HMI zu finden, aber wenig aussagekräftig, insbesondere nicht für Laien. Eine eindeutiger Information ist hier sinnvoll, allerdings ist sie kaum vom Betreiber zu erwarten. Hier müsste nach einer verbindlichen transparenten Form der Veröffentlichung gesucht werden. Ein erster Schritt wäre, dass im Beirat auch Vertreter der Bürgerschaft des Bezirks mit aufgenommen werden. Dies ist eine Möglichkeit zumindest Zugang zu den internen Informationen zu bekommen.

Bitte schicken Sie Ihre Antworten bis zum 31.7.2016 an
kontakt@atomreaktor-wannsee-dichtmachen.de
Wissenssammlung des Anti-Atom-Bündnisses Berlin Potsdam
<http://www.atomreaktor-wannsee-dichtmachen.de/faq.html>